

Landtags-SPD schlägt Alarm: Kommunaler Schuldenanteil in Bayern am höchsten

Helga Schmitt-Bussinger, Kommunalpolitische Sprecherin, und **Paul Wengert**, Sprecher für Kommunal Finanzen der SPD-Landtagsfraktion, schlagen wegen der Kommunal Finanzen in Bayern Alarm. Ein Ländervergleich ergab, dass der kommunale Schuldenanteil mit 28,9 Prozent in Bayern mit deutlichem Abstand am höchsten ist. Für die beiden Kommunalexperten ist das die Folge einer Haushaltspolitik zu Lasten der Kommunen, die im Freistaat von der CSU über viele Jahre hinweg betrieben worden ist.

Eine konkrete Ursache für die Rekordverschuldung der bayerischen Kommunen ist aus Sicht der beiden SPD-Politiker die Tatsache, dass die Verbundquote - also der Prozentsatz, mit der Freistaat seine Kommunen an staatlichen Steuereinnahmen beteiligt - in Bayern im Vergleich mit anderen Ländern am niedrigsten ist. Schmitt-Bussinger: „Höchste Verschuldung und niedrigste Verbundquote sind zwei Seiten der selben Medaille.“

Die Daten stammen aus der Antwort der Staatsregierung auf eine aktuelle Anfrage der SPD-Landtagsfraktion, mit der die Höhe der gemeinsamen Verschuldung von Staat und Kommunen in den alten Flächenländern abgefragt wurde. Die Ergebnisse bewertet der Haushaltsexperte und frühere Augsburger Oberbürgermeister Wengert als Beleg dafür, dass der Staatshaushalt auf Kosten der Kommunen konsolidiert wird. Wengert: „Die schwarze Null im Staatshaushalt müssen die Kommunen teuer bezahlen.“

Im Einzelnen ergeben die Daten für die alten Flächenländer folgendes Bild:

- Mit einem Anteil von 28,9 Prozent kommunaler Schulden ist Bayern mit deutlichem Abstand Schlusslicht.
- Spitzenreiter ist das Saarland mit 8,6 Prozent.
- Aber nicht nur wenn das kleine Saarland, sondern auch wenn „vergleichbare“ Länder betrachtet werden, ist das Ergebnis eindeutig. So haben in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen jeweils Staats- und Kommunalschulden zusammen eine vergleichbare Größenordnung. In Bayern sind es 47,8 Milliarden Euro, in Baden-Württemberg 48,9 Milliarden Euro und in Hessen 43,4 Milliarden Euro. Mit Abstand am höchsten ist der kommunale Schuldenanteil aber in Bayern mit 28,9 Prozent (13,8 Milliarden Euro), dann der kommunale Schuldenanteil in Hessen mit 21,6 Prozent (9,4 Milliarden Euro), schließlich der kommunale Schuldenanteil in Baden-Württemberg mit 12,1 Prozent (5,9 Milliarden Euro).
- Das komplette Ranking für die alten Flächenländer lautet:

Tabelle: Schulden von Staat und Kommunen zum 31.12.2009

Land	Schulden zusammen	Anteil der Kommunen
Saarland	11,6 Milliarden Euro	8,6 Prozent
Schleswig-Holstein	27,2 Milliarden Euro	9,7 Prozent
Baden-Württemberg	48,9 Milliarden Euro	12,1 Prozent
Niedersachsen	59,9 Milliarden Euro	12,7 Prozent
Rheinland-Pfalz	32,3 Milliarden Euro	15,4 Prozent
NRW	146,6 Milliarden Euro	15,9 Prozent
Hessen	43,4 Milliarden Euro	21,6 Prozent
Bayern	47,8 Milliarden Euro	28,9 Prozent

Wengert fordert deshalb von der Staatsregierung und den Fraktionen von CSU und FDP im Hinblick auf den Nachtragshaushalt 2012 einen fairen Umgang mit den Kommunen. Wengert: „Konsolidierung ja, aber nicht mehr auf dem Rücken der Kommunen.“

Eine wesentliche Ursache für die hohe Verschuldung der bayerischen Kommunen ist für Kommunalexpertin Schmitt-Bussinger die im Vergleich mit den alten Flächenländern niedrigste Verbundquote. Über die sogenannte Verbundquote wird der Anteil der Kommunen am Allgemeinen Steuerverbund definiert - also das, was sie von den staatlichen Einnahmen aus Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und Gewerbesteuerumlage erhalten. Aus diesem Anteil werden im Wesentlichen die Schlüsselzuweisungen, die an die Gemeinden und Landkreise fließen, bezahlt. Mit einer Verbundquote von 12,2 Prozent ist Bayern hier Schlusslicht unter den acht alten Flächenländern. Auf dem vorletzten Platz liegt Niedersachsen mit immerhin schon 15,5 Prozent. In Baden-Württemberg und NRW erreicht die Verbundquote den Spitzenwert von 23 Prozent.

Eine höhere Verbundquote würde dazu führen, dass sowohl mehr Kommunen Schlüsselzuweisungen als auch die einzelnen Kommunen höhere Schlüsselzuweisungen erhalten. Schmitt-Bussinger fordert deshalb eine höhere Verbundquote in Bayern mit der Folge einer Erhöhung der Schlüsselzuweisungen, denn Schlüsselzuweisungen sind nicht zweckgebundene, also für die Kommunen frei verfügbare und deswegen begehrte Mittel. Die kommunalpolitische Sprecherin unterstreicht, dass es in Bayern einen breiten Konsens für das Ziel gibt, dass die Verbundquote auf 15 Prozent erhöht werden muss. Schmitt-Bussinger: „Wenn die Erhöhung aber im Schneckentempo der Staatsregierung wie bisher weitergeht, wird dieses Ziel in den nächsten 20 Jahren nicht erreicht, denn 2010 betrug die Erhöhung 0,06 Prozent und im Jahr 2011 waren es 0,2 Prozent.“

Sollte der demographische Wandel bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen stärker berücksichtigt werden, wie das auch die Staatsregierung zur Zeit erörtert, müssen nach Schmitt-Bussingers Ansicht allein schon aus diesem Grund die Schlüsselzuweisungen steigen. Schmitt-Bussinger: „Ein Demographie-Zuschlag im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs ist zweckmäßig. Dann muss allerdings mehr Geld in den Topf, aus dem der Zuschlag bezahlt werden soll - denn sonst wären alle anderen Kommunen die Verlierer.“

Mit freundlichen Grüßen
Michael Langer
Pressesprecher
SPD-Landtagsfraktion
Bayerischer Landtag
Maximilianeum
81627 München

Telefon: 089/41 26 23 47
FAX: 089/41 26 11 68
eMail: pressestelle@bayernspd-landtag.de

[Diese Mitteilung auf unserer Homepage](http://www.spd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=14346)
URL:<http://www.spd-landtag.de/aktuell/details.cfm?ID=14346>

[Impressum](#)